

Niederschrift HFA/041/2014

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 25.02.2014

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes

Gäste:

Herr Kai Kröger	Mitarbeiter der EWG - zu TOP 10, 11 und 12
Herr Schramm	Büro GSS aus Bremen zu TOP 4

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel	Stadtkämmerer
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Günter Strauch	Projektmanager
Frau Silvia Gleffe	Mitarbeiterin Fachbereich 5
Herr Theo Elfert	Stellv. Fachbereichsleiter FB 7
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder	Bürgermeisterin
------------------------------	-----------------

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied

Verwaltung:

Herr Axel Linke	Beigeordneter
-----------------	---------------

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 40 über die öffentliche Sitzung am 21. Januar 2014

0:00:37

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 21. Januar 2014 gefassten Beschlüsse

0:00:55

Herr Kuhlmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

3. Informationen

3.1. Nutzung Rheine R

0:01:54

Herr Kuhlmann informiert, dass er den Fraktionsvorsitzenden das versprochene Papier, bezogen auf den Leserbrief aus der Zeitung am Samstag, zur Frage der Nutzung von Rheine R zur Verfügung gestellt habe.

4. Soziale Stadt Dorenkamp - Teilprojekt Neugestaltung der Freiflächen am Schulzentrum Dorenkamp (B3)

Präsentation des Entwurfes vom Büro Gasse-Schumacher-Schramm aus Bremen

Vorlage: 127/14

0:02:04

Herr Schramm vom Büro GSS informiert anhand der als Anlage der Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Entwurf vom Büro Gasse-Schumacher-Schramm.

Herr Bonk merkt an, dass sich die Gesamtsumme des Projektes auf 795.000 € belaufen werde. Es sei aber bekannt, dass im Haushalt der Stadt Rheine nur 600.000 € für das Projekt bereitstehen. Die Planungskosten und Baunebenkosten belaufen sich bereits auf 180.000 €. Für das Projekt stehen also noch 420.000 € zur Verfügung. Folglich werden bei dem Projekt extreme Einschnitte vorgenommen werden müssen. Die CDU-Fraktion fordert, dass der Beschlussvorschlag ergänzt werde. Im Beschluss müsse deutlich gemacht werden, dass man sich im

Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (420.000 €) bewegen müsse. Das Planungsbüro müsse eine neue Konzeption für den Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erarbeiten.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass der Beschlussvorschlag insofern um folgenden Satz erweitert werden könnte:

Es ist Geschäftsgrundlage dieses weiteren Vorgehens, dass das Planungsbüro die Planung auf Basis der im Haushalt für die Soziale Stadt zur Verfügung stehenden Mittel von 420.000 € erstellen soll.

Herr Roscher weist darauf hin, dass die Gestaltung „Heimat-Hafen“ ein Teilprojekt des gesamten Projektes „Soziale Stadt“ sei. Man müsse sich an den 420.000 € Budget orientieren, sollte sich aber nicht fest darauf fixieren. Wenn es die Möglichkeit der Umschichtung der Gelder aus anderen Teilprojekten geben sollte, sollte man die Gelder miteinfließen lassen.

Herr Roscher erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag mit der Ergänzung zustimmen könne.

Herr Kuhlmann merkt an, dass die Mittel untereinander deckungsfähig seien. Er wirbt aber dafür, dass erst geschaut werde, welche Prioritäten es gebe und an welcher Stelle eingespart werden könne. Der Ansatz von 420.000 € sollte als Oberansatz gesetzt werden.

Herr Reiske weist darauf hin, dass sich auf dem Schulhof des Emsland-Gymnasiums ein Stolperstein befinde. Bei den Baumaßnahmen soll dieser Stein berücksichtigt werden.

Herr Reiske teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag auch mit dem Zusatz zustimmen werde.

Herr Ortel macht deutlich, dass man sich heute nur den zur Verfügung stehenden Ressourcen bedienen sollte. Dies sollte auch als deutliches Signal an das Planungsbüro weitergegeben werden. Es sollte kein weiterer Betrag in Aussicht gestellt werden.

Herr Holtel erläutert, dass man mit 420.000 € eine akzeptable Planung umsetzen könne.

Herr Lunkwitz erinnert, dass sich bei der Sitzung des Auswahlgremiums am 4. Dezember 2013 ganz klar herausgestellt habe, was zuerst gemacht werden soll. Die meisten Schüler und Lehrer haben gesagt, dass auf das Zentrum verzichtet werden könne und vorrangig etwas an den Schulen umgesetzt werden solle.

Herr Kuhlmann gibt zu bedenken, dass es aus der Sicht der Schulen und aus der Sicht der Planer, die die Gesamtheit im Blick haben, unterschiedliche Schwerpunkte geben könne.

Herr Schramm erklärt, dass in der Sozialen Stadt der Prozess der Aktivierung wichtig sei. Es sollte kein abschließendes fertiges Gebilde präsentiert werden. Es sollte in einem Verfahren miteinander gearbeitet werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, mit dem Büro Gasse-Schumacher-Schramm aus Bremen im Rahmen des Teilprojektes Neugestaltung der Freiflächen am Schulzentrum Dorenkamp weiterzuarbeiten. Es ist Geschäftsgrundlage dieses weiteren Vorgehens, dass das Planungsbüro die Planung auf Basis der im Haushalt für die Soziale Stadt zur Verfügung stehenden Mittel von 420.000 € erstellen soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2013
Vorlage: 115/14**

0:45:00

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2013 zur Kenntnis.

**6. Aufhebung des kw-Vermerks für die Stelle 5704 "Vermessungstechniker(in)" (Katastervermessung) im Fachbereich 5
Vorlage: 117/14**

0:46:18

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Bauausschuss, den kw-Vermerk für die Stelle 5704 "Vermessungstechniker(in)" zum 23.12.2014 aufzuheben, die Stelle 5705 mit einem kw-Vermerk zu versehen und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:46:47

Es liegen keine Eingaben vor.

8. Einwohnerfragestunde

0:46:47

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Anfragen und Anregungen

9.1. Anliegerbeiträge Herefortstraße, Antrag der CDU-Fraktion

0:47:20

Herr Bonk bezieht sich auf die mögliche Umlage der Anliegerbeiträge für die Bewohner der Herefortstraße und verliest folgenden Antrag:

1. Die CDU-Fraktion beantragt, dass das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rheine den Sachverhalt zu der möglichen Umlage der Anliegerbeiträge in der Herefortstraße aufarbeitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss und ggfs. dem Bauausschuss Bericht erstattet. Es geht hier vor allem um die Frage der Abläufe, der Informationen und der Aussage gegenüber Dritten. Seit wann haben Mitglieder der Verwaltung Kenntnis von dem Zustand der Straße, die eine Abrechnung gegenüber den Anliegern notwendig macht?
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachverhalt gegenüber der Eigenschaden-Haftpflichtversicherung der Stadt vorsorglich zu melden, damit nicht etwaige Fristen versäumt werden.
3. Die Bürgermeisterin der Stadt – Frau Dr. Kordfelder – wird aufgefordert, als oberste Leiterin der Gesamtverwaltung, in der Ratssitzung am 8. April 2014 zum Sachverhalt Stellung zu beziehen. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben ein Recht auf eine umfassende Information durch die Verwaltungsspitze.

Herr Kuhlmann informiert, dass in den Fachgremien mindestens 4-Mal darüber berichtet worden sei. An der rechtlichen Fragestellung, ob Beiträge erhoben werden müssen, werde sich nichts ändern.

Herr Brauer teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag prüfen werde und weist informationshalber auf einen Vermerk der Verwaltung aus dem nichtöffentlichen Teil des Bauausschusses vom 12. September 2013 hin.

9.2. Baumfällung Ecke Aloysiusstraße/Friedhofstraße, Anfrage von Herrn Reiske

0:52:03

Herr Reiske teilt mit, dass an der Ecke Aloysiusstraße/Friedhofstraße ein großer Teil des Waldes abgeholzt worden sei. Herr Reiske habe direkt mit Herrn Twesten von der Verwaltung gesprochen. Herr Twesten habe ihm gesagt, dass der Eigentümer die Bäume abholzen dürfe. Es gebe dort keinen Bebauungsplan und die Aktion sei mit dem Förster abgestimmt. Herr Reiske fragt an, ob die Verwaltung in so einer Situation nicht hätte tätig werden könne und einen B-Plan aufstellen können, um die Bäume zu schützen.

Herr Kuhlmann informiert, dass der Landesbetrieb Forst und nicht die Stadt Rheine dafür zuständig sei, da es sich um einen Wald handele. Nur wenn die Bäume im Bebauungsplan unter Schutz gestellt worden wären, hätte man die Möglichkeit, tätig zu werden. Um sie unter Schutz zu stellen gebe es aber hohe Anforderungen. Der Grund, einen Bebauungsplan aufzustellen, decke sich nicht mit dem Interesse, Bäume zu schützen. In diesem Fall sei die Fällung der Bäume rechtlich zulässig gewesen.

9.3. Nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, Anfrage von Herrn Reiske

0:54:20

Herr Reiske merkt an, dass der nächste Haupt- und Finanzausschuss im Sitzungskalender nicht aufgeführt worden sei. Er fragt an, ob die Sitzung nicht stattfindet.

Herr Elfert antwortet, dass die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses stattfinden wird.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:10 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Stellv. Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin